

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: 246. Pulsnitz
Kontokonto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erstein an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Bettzeile (Motte's Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Entziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Kreisnachlag in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhirsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr)
Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 223

Freitag, den 24. September 1926

78. Jahrgang

Das Wichtigste

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat dem Reichspräsidenten v. Hindenburg Bericht über Genf und Thoiry erstattet. Das baltische Zentrum hat sich in mehreren Entschliessungen gegen den Antitarismus und für Wahlrechtsreform ausgesprochen. Auf der Strecke Usterleben—Halberstadt versuchten drei 12- bis 13-jährige Schüler einen Anschlag gegen die Eisenbahn. Wie die Berliner Morgenblätter aus Magdeburg melden, ist in Calbe an der Saale eine siebenköpfige Familie an Typhus erkrankt. Bei einem Zusammenstoß zwischen Gepreßzug und Personenzug in Frankreich wurden sieben Personen getötet und etwa 20 verletzt. Die Aufständischen in Maragua haben die Bedingungen der Regierung angenommen und die Kampfhandlungen eingestellt. Verhandlungen werden in der nächsten Woche beginnen. Wie die Berliner Morgenblätter aus Kalkutta melden, haben große Überschwemmungen in mehreren Distrikten großen Schaden angerichtet. Nach den bisherigen Mitteilungen sind 10 Personen in den Fluten ertrunken. Etwa 1000 Häuser sind zerstört, die Ernten verrotten, mehrere Brücken fortgeschwemmt. Zehntausende Viehherden sind in den Fluten umgelommen. Nach dem Stand vom 15. September ist das Gesamtergebnis im Reich für dieses Jahr mit rund 7 Prozent geringer als im Vorjahre anzunehmen.

Der Kampf um Asien.

Das Ringen um die Vormachtstellung in Asien zwischen England und Rußland nimmt immer schärfere Formen an, während der Bürgerkrieg das chinesische Reich in Elend und Chaos führt. Daher bieten wir im folgenden unseren Lesern aus sachverständiger Feder einen zusammenhängenden Ueberblick der Vorgänge im Fernen Osten. Das Ringen um den Besitz von Asien dauert fort. Die Hauptmächte England und Rußland rüsten. Sie wäffnen sich im Stillen, sie sind noch nicht selbst auf den Plan getreten. Man weiß nicht, wann der große Schlag erfolgen wird. Das Arbeiten der russischen Diplomatie ist vorbildlich. Die Bolschewisten haben mit den Türken, mit den Persern Verträge abgeschlossen. In Genf wurde überliefert, daß das zuletzt genannte Abkommen mit den Verpflichtungen des Artikels 16 unvereinbar sei. Schlichterin ließ sich nicht beirren. Am 31. August erfolgte in Paganan, der Sommerresidenz des afghanischen Emirs, die Unterzeichnung eines Neutralitätsvertrages, durch den der russische Einfluß bis an die indische Grenze ausgedehnt wird. Es ist in politischen Kreisen aufgefallen, daß die Russen die Einreise nach Zentralasien für Fremde gesperrt haben, was jahrelang nicht der Fall gewesen ist. Lange vor dem Weltkrieg hatten die Russen Turkestan zur Etappe für einen Feldzug gegen Indien ausgebaut. Nicht nur Taschkent, sondern auch die Ortshäuser, die längs der Eisenbahnlinie Krasnowodsk (am Kaspijsee) — Andischan liegen, waren stark mit Truppen besetzt, und umfangreiche Kasernenbauten boten Raum für eine Mehrzahl von Soldaten. Von Osh führt der Fahrweg, der allerdings nur in der günstigen Jahreszeit nutzbar ist, über Guldscha aufs Pamirplateau. Die afghanische Grenze ist damals schon durch eine Stachdräht erschlossen worden. Zwar fanden in der Revolutionszeit heftige Kämpfe in Turkestan mit den Eingeborenen statt, doch ist wohl anzunehmen, daß die Bolschewiki entstandene Schäden inzwischen ausgebessert haben.

In der Mandschurei ist Rußland auf starken chinesischen Widerstand gestoßen. Die ostchinesische Bahn läuft bekanntlich nach Wladiwostok. Chinesisches Gebiet greift hier weit nach Rußland hinein. Es erstreckt sich nach Chaborowst und Pokrowskaja. Tschang Tso-lin, der chinesische Marschall, der sich auf die Mandschurei stützt, hat die Auflösung der Sungarischiffahrt (der Sungari ist ein Nebenfluß des Amur), die Aufhebung der roten Kulturinstitute und freie Truppenbeförderung auf der ostchinesischen Bahn gefordert, und die Sowjets mußten aus einst gewonnener Machtposition weichen. Sie opferten sogar ihren Botschafter Karachan in Peking, dessen Stellung wohl unhaltbar geworden war, aber sie haben den Kampf trotzdem nicht aufgegeben. Nach den zuletzt aus Mufden eingetroffenen Nachrichten ist in Ostibirien eine Kommission russischer Generalstabsoffiziere mit der Aufgabe eingetroffen, die Konzentration russischer Truppen an der mandschurischen Grenze durchzuführen. Besondere Bedeutung gewinnt die Meldung dadurch, daß anscheinend an der Spitze der Kommission der bekannte russische Kavalleriegeneral Budjenny steht.

Dr. Stresemann bei Hindenburg

Die Notwendigkeit einer Abrüstungskonferenz anerkannt — Eisenbahnfrevler auf der Strecke Hamburg—Berlin — Vor Bildung einer neuen Regierung in Spanien
Der Sturm in Mittelamerika — Vor einer neuen Regierungskrise in Polen

Berichterstattung über Genf und Thoiry

Berlin. Reichsaußenminister Dr. Stresemann traf am Donnerstagnachmittag wieder in Berlin ein. Der Minister lehrte zunächst allein aus Genf zurück, da die Delegation noch bis zum Schluß der Arbeiten des Völkerbundes in Genf bleibt. Am Abend hatte sich der Außenminister zum Reichspräsidenten von Hindenburg begeben, um ihm einen vorläufigen Bericht über die in Genf und Thoiry betriebene Politik zu erstatten.

Ursprünglich war in Aussicht genommen, daß sogleich eine Zusammenkunft der Minister beim Reichkanzler zu einer ersten Unterrichtung und Aussprache stattfinden sollte, aber dieser Plan ist wieder geändert worden, da die meisten der in Berlin anwesenden Kabinettsmitglieder durch eine gesellschaftliche Veranstaltung beim Reichsverkehrsminister Dr. Krühne in Anspruch genommen waren. Das Kabinettrat daher erst am Freitagvormittag zu einer offiziellen Kabinettsitzung zusammen. Es ist damit zu rechnen, daß eine amtliche Mitteilung über die Stellungnahme des Kabinetts

zur Politik des Außenministers veröffentlicht wird. Dieser Bericht dürfte wahrscheinlich in ähnlicher Kürze gehalten sein wie die vor einigen Tagen in Paris ausgegebene amtliche Mitteilung über den Bericht Briands im französischen Ministertrat.

Die Kabinettsitzungen in Berlin werden jedoch mit der Freitagssitzung noch nicht beendet sein, sondern der Gesamtkomplex der Außenpolitik wird in allen Einzelheiten auch an den folgenden Tagen von der Reichsregierung weiter beraten werden. Da die Regierung über die Grundlinien dieser Politik bereits durch den Staatssekretär Pünder vor einigen Tagen unterrichtet worden ist, kann man auf Grund des in politischen Kreisen vorherrschenden allgemeinen Eindrucks annehmen, daß die Reichsregierung sich dem Standpunkt des Außenministers in allen Punkten anschließen wird und daß dann die von Dr. Stresemann in Aussicht genommenen weiteren Schritte auf Grund der mit Briand getroffenen Vereinbarungen weitergeführt werden.

Die Vollversammlung des Völkerbundes erkennt die Notwendigkeit einer Abrüstungskonferenz an.

Genf. In der Donnerstag-Vollversammlung des Völkerbundes wurden die Berichte und Resolutionen von der Versammlung angenommen, die im wesentlichen folgenden Inhalt haben:

„Die Vollversammlung hofft, daß die Abrüstungskonferenz zusammengetreten wird, sobald die politischen Umstände das gestatten. Das Datum ist von dem Völkerbundrat festzusetzen. Die Frage der Abrüstung kann aber nicht auf einmal gelöst werden. Bei fortschreitender allgemeiner Sicherheit muß auch die Abrüstung fortschreiten. Es kann sich deswegen nicht um eine einzelne Abrüstungskonferenz handeln, sondern dieser müssen weitere folgen. Die Aufgabe der ersten Konferenz ist es vor allem, für eine bestimmte Zeitspanne jedes weitere Wettrüsten zu verbieten. Unter diesen Umständen soll die erste Abrüstungskonferenz nach Möglichkeit vor der Herbsttagung des Völkerbundes im Jahre 1927 zusammengetreten, falls dies nicht aus technischen Gründen unmöglich ist.“

Die Abrüstungsfrage vor der Vollversammlung.

Genf. In der Sitzung der Vollversammlung, die acht Verhandlungsgegenstände auf der Tagesordnung aufweist, war nur die Abrüstungsfrage von Interesse. Der Berichterstatter Paul-Boncour legte einen Antrag des dritten Ausschusses der Versammlung vor, in dem der Völkerbundrat aufgefordert wird, die Abrüstungskonferenz noch vor der nächsten Völkerbundversammlung einzuberufen, falls keine materiellen Hindernisse im Wege stehen sollten. In der Begründung

feines Antrages versuchte er zunächst in indirekter Weise die Kritik der Amerikaner abzuschwächen, indem er den vorbereitenden Arbeiten der Unterausschüsse Lob zollte. Er wies dann auf die

Bedeutung der Locarno-Verträge

hin, die im Zusammenhang mit den anderen internationalen Verträgen der letzten Zeit die Möglichkeit einer Abrüstungskonferenz ins Auge fassen. Paul-Boncour unterstrich hierauf von neuem die Wichtigkeit der Kontrolle der Rüstungsmaßnahmen durch den Völkerbund und schloß mit dem Hinweis auf die Bedeutung des Artikels 16 im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Quellen einer Nation. Nach Paul-Boncour sprachen noch mehrere Redner vor fast leeren Bänken über die Abrüstungskonferenz, ohne jedoch den Gegenstand zu erschöpfen und ohne zur Annahme des von Paul-Boncour gestellten Antrages zu gelangen.

Vor einer neuen Regierungskrise in Warschau?

Warschau, 24. September. Die polnische Regierung hat sich bei den Donnerstag-Beratungen des von ihr vorgelegten provisorischen Haushaltsquartals in der Haushaltskommission weitere Abstriche an ihrem Voranschlag gefallen lassen müssen, trotzdem der Regierungsvertreter erklärt hatte, die Regierung werde einen abgeänderten Voranschlag nicht annehmen. Die ersten Reden in der Hauptansprache im Plenum des Sejm haben nunmehr sogar den Eindruck erweckt, daß nicht einmal der abgeänderte Voranschlag im Sejm zur Annahme gelangen könne. Beachtenswert war besonders die Rede des deutschen Sejmabgeordneten Dr. Pitsch, der erklärte, daß die Erwartungen, die man nach den Maireignissen auf die Versprechungen der neuen Männer gesetzt habe, schwer getäuscht worden seien. Die deutsche Minderheit habe die Hoffnung auf eine Besserung von Seiten dieser Regierung aufgegeben. Dr. Pitsch erinnerte in diesem Zusammenhang an die 80 Bombenattentate, die allein in der letzten Zeit auf Deutsche und deren Eigentum in verschiedenen Ortshäusern stattgefunden hätten und die bis zur Stunde noch unaufgeklärt seien. Die deutsche Sejmfraktion werde gegen die Regierung und ihr Budgetprovisorium stimmen. Die Aussprache wird am Freitag fortgesetzt. Ministerpräsident Bartel empfing gleich nach Schluß der Sitzung die Vertreter der Presse und erklärte in sehr erregtem Ton, die Streichungsbeschlüsse der Kommission seien reine Tendenzbeschlüsse gegen die gegenwärtige Regierung. Dieser Beschluß des Ausschusses sei für die Regierung unmaßgeblich. Die Regierung werde entsprechend zu antworten wissen. Man spricht in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit der Sejmauflösung. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Regierung sich entschließe, keine Neuwahlen auszusprechen und ohne Sejm weiter zu regieren. Es fehlt auch nicht an Ausprägungen, die im Zusammenhang mit dieser Möglichkeit von einem gewaltsamen Sturz des Kabinetts Bartel sprechen.

Der Reichsaußenminister an das Rheinland

Köln. Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht eine Erklärung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, die dieser ihrem Vertreter mit der Adresse an das Rheinland kurz vor seiner Abreise aus Genf abgab. Dr. Stresemann sagte:

„In dem Augenblick, in dem ich Genf verlasse, ist es mir ein Bedürfnis, der Bevölkerung des Rheinlandes, unter der ich ja in wenigen Tagen auf dem Kölner Parteitag der Deutschen Volkspartei weilen werde, einige Worte treuen Gedankens zu sagen. Wir haben hier an der Stätte des Völkerbundes Fragen von geschichtlicher Bedeutung erledigt und haben in einer so kurzen Zeitspanne wichtige politische Verhandlungen geführt.“

Aber inmitten aller Arbeit, die wir geleistet haben, waren unsere Blicke unaufhörlich auf das Rheinland gerichtet. Des Rheinlandes gedachten wir in der Stunde, als wir, von 48 Nationen begrüßt, in den Saal des Völkerbundes einzogen. Dem Rheinlande gehörte all unser Gedanken in den Besprechungen von Thoiry, auf deren große Bedeutung für die Zukunft des Rheinlandes ich nicht mehr einzugehen brauche. Ich glaube, die rheinische Bevölkerung, die in schwersten Stunden soviel Treue und soviel Hingebung an das große Vaterland bewiesen hat, darf am Ausklang dieser denkwürdigen Genfer Tagung das frohe Gefühl haben, daß ihre Treue und Hingebung unvergessen blieb und daß sie die sichere Grundlage war, auf der allein an dem Werke der deutschen Freiheit gearbeitet werden konnte.“



Zugleich hat Rußland mit dem ehemaligen Chef der chinesischen Roten Volksarmee, General Fong, der von Tschang und seinem Verbündeten Wu Pei-fu über Kalzan hinaus nach Urga zurückgeworfen worden war, einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Mongolei Fong als Vertreter Chinas anerkennt. Fong soll Sowjetdiktator in Peking werden, den Kantonesen will man den Süden überlassen, die Mandchurei soll als dritter Teil dem neu zu gründenden bolschewistischen Staat angegliedert werden. General Fong hat sich bereits an die Front begeben, um seine Vorbereitungen zu treffen. Von Urga nach Kaschggar führt eine Automobilstraße, auf der der Vorstoß erfolgen soll.

Die Russen haben auf diese Weise den Marschall Tschang Tso-lin verhindert, dem im Yangtse-Tal schwer mit den roten Kantontuppen kämpfenden Marschall Wu Pei-fu zu Hilfe zu kommen. Wu geht längs der Kanton-Peking-Bahn langsam nach Norden zurück. In der Provinz Honan, die die Kantonesen erobert haben, wurde die chinesische Fahne durch die rote Flagge ersetzt. Die Stellung Wus wurde durch seinen Gegner Tschang Kei-tschel stromaufwärts bei Hanjang umgangen. Aber noch hält Wu Buchang am Südfuß des Yangtse und verteidigt erbittert jeden Zoll Boden, trotzdem die Kantonesen Hand in Hand mit Russen arbeiten, wofür sowohl ihr strategisch richtiger Aufmarsch, wie auch die Verwendung von Metall-Flugzeugen Zeugnis ablegt. Von Schanghai aus ist der General Sun im Anmarsch, der ein Parteigänger Tschangs ist und mit seinen frischen Truppen vielleicht die Kantonesen, die weitab von ihrer Basis stehen, zurückdrängen wird.

Erwähnt sei noch ein Zwischenfall. Hinter Wu steht England. Ein englischer Dampfer, den Bus Truppen requirierten, stieß auf einen chinesischen Sampan mit einer gefüllten Kriegskasse. Der Sampan sank. Hieraus entwickelten sich die bekannten Streitigkeiten mit England, die zur Entsendung von Kriegsschiffen führten. Wir glauben nicht an erste Folgen, an ein Eingreifen Großbritanniens, weil der Feind der Engländer nicht der Marschall Wu ist. Wu bekämpft mit England die Sowjets. Wann und ob die Hauptmächte hervortreten, läßt sich nicht erkennen. Erkennen lassen sich nur die Vorbereitungen besonders der Sowjetunion, die allerdings nur zu leicht dazu führen können, daß Europa unliebsam durch eine Kriegsgefahr im fernem Osten aus dem Schlaf geweckt wird.

v. B.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Vulsatz. (Schauturnen.) Auf das Inserat des Turnvereins „Turnerbund“ in heutiger Nummer wird an dieser Stelle noch besonders hingewiesen. Der obige Verein hält am nächsten Sonntag sein diesjähriges Schauturnen, verbunden mit einem Vereins-Wettturnen, ab. Es ist zu hoffen, daß die Veranstaltungen von den zahlreichen Freunden und Gönnern der Deutschen Turnfische in Stadt und Land durch einen recht regen Besuch unterstützt werden. Die Siegerverkleidung der Wettturner und -turnerinnen erfolgt gelegentlich des am 2. Oktober stattfindenden Vereins-Stiftungsfestes.

(Ankauf von Anleiheablosungsschuld und Auslosungsrechten betagter Leute.) Der Reichsfinanzminister wird entsprechend einem Wunsche des Haushaltsausschusses des Reichstages in den nächsten Tagen eine Bekanntmachung über den Ankauf von Anleiheablosungsschuld und Auslosungsrechten betagter Leute erlassen. Im Inland wohnende deutsche Staatsangehörige, die älter als 65 Jahre sind, ein Vermögen von weniger als 20 000 RM haben und im Kalenderjahr 1925 ein Einkommen von weniger als 3000 RM hatten, können die Ablosungsschuld und die Auslosungsrechte, die sie als Altbesitzer von Markanleihen des Reichs zugeteilt bekommen haben, bei den Finanzämtern verkaufen. Der Kaufpreis beträgt 40 RM für je 1250 RM Nennbetrag der Anleiheablosungsschuld einschließlich der Auslosungsrechte und liegt damit über den Preisen, die zur Zeit im freien Verkehr der Börse für die Auslosungsrechte genannt werden. Er entspricht einem Satze von 8 Prozent des Nennbetrages der alten Markanleihen, für die die Auslosungsrechte ausgegeben werden. Der Höchstnennbetrag der Auslosungsrechte, den ein einzelner Gläubiger zu diesem Kaufe an das Reich verkaufen kann ist 500 RM; dies entspricht 2000 M Nennbetrag der alten Anleihen. Der Ankauf wird vom 4. Oktober bis 31. März. an durch die Finanzämter vorgenommen. Die Anleihegläubiger, die ihre Anleiheablosungsschuld und ihre Auslosungsrechte verkaufen wollen, müssen sich zunächst bei der Polizeibehörde eine Bescheinigung über ihr Alter, ihre Reichsangehörigkeit und ihren inländischen Wohnsitz beschaffen. Auf Grund einer solchen Bescheinigung können sie den Verkaufsvertrag bei dem Finanzamt, das für ihre Einkommenbesteuerung zuständig ist, stellen. — Der Verkauf der Anleiheablosungsschuld und der Auslosungsrechte empfiehlt sich vor allem für die Personen, die ein Einkommen von mehr als 800 RM haben. Für die übrigen dürfte es zweckmäßiger sein, die Ablosungsschuld und die Auslosungsrechte zu behalten, weil sie im Falle der Bedürftigkeit im Sinne des Anleiheablosungsgesetzes einen Anspruch auf eine laufende Vorzugsrente haben, deren Bezug für sie vorteilhafter ist als der Verkauf.

(Abdingbarkeit der Tarifverträge.) — Eine wichtige Entscheidung.) Nicht in jedem Falle braucht eine Entlohnung, die in geringerer Höhe erfolgt als sie ein gültiger Tarifvertrag vorsieht, rechtungswidrig zu sein. Der Grundsatz, daß ein Tarifvertrag unter allen Umständen unanwendbar ist, wird — nachdem die auch für die Arbeiter ungünstigen Auswirkungen desselben zutage treten — von den Gerichten mehr und mehr aufgegeben. So hat sich erst vor kurzem das Amtsgericht Mindelheim in Bayern auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht im Sinne des Gesetzgebers liegen kann, den Arbeiter eher brotlos zu machen, als ihm zu gestatten, daß er sich mit einer geringeren Entlohnung begnügt, als der Tarifvertrag sie vorschreibt. Näheres über das Urteil ist in der Nr. 115 des „Industrieschutz“, Zeitung des Deutschen Industrieschutzverbandes, Dresden, Bürgerwiege 24 II, Geschäftsführer Kurt Grünauer, enthalten, in der gleichzeitig auch Urteile über verschiedene andere aktuelle arbeitsrechtliche Fragen abgedruckt sind. Soweit der Vorrat reicht, werden einzelne Nummern des Blattes an Interessenten abgegeben.

(Ab nächstes Jahr vierundzwanzigstündige Abrechnung in deutschen Verkehrswesen.) Mit dem Inkrafttreten des nächstjährigen Sommerfahrplans

werden im inneren und äußeren Dienstverkehr bei der Deutschen Reichspost und der Deutschen Reichsbahn die Stunden — um Mitternacht beginnend — durchgehend von 1 bis 24 bezeichnet werden, wie es bereits in fast allen Ländern des europäischen Festlandes geschieht. Diese Maßnahme gilt also nur für alle Dienstzweige der Deutschen Reichspost und für den Eisenbahnbetrieb. In den sonstigen öffentlichen Verwaltungszweigen und im bürgerlichen Leben bleibt die hergebrachte Zahlung nach Vormittags und Nachmittagsstunden bestehen.

Lichtenberg. (Sommerabturnen.) Der Turnverein D. T. hält Sonntag, den 26. September sein diesjähriges Sommerabturnen ab. Das Turnen aller Abteilungen beginnt nachmittags 2 Uhr auf dem Turnplatz und werden Freübungen, Geräteturnen, Spring- und Laufübungen, Volkstänze sowie Belustigungen der Kinderabteilung in bunter Folge wechseln. Ein Lampionzug, an welchem sich auch Gäste beteiligen können, wird den turnerischen Teil beenden und ein frohes Tänzchen im Obergasthof sich anschließen. Gleichzeitig findet auch ein Preisfesten, welches schon am Sonnabend abend beginnt, statt, und bei einer Verlosung kann jeder Gast, von dem sich hoffentlich recht viele einstellen, sein Glück versuchen.

Ramenz. (Wochenmarkt.) Auf dem Wochenmarkt macht sich eine ständig zunehmende Zahl der auswärtigen Händler bemerkbar, worüber die einheimischen Gärtner und Händler nicht sehr erbaut sind. Obwohl sie genau dieselben niedrigen Preise führen, läuft das Publikum vielfach zu den auswärtigen Händlern, die natürlich stets das Geschäft machen. Obstpreise zogen leicht an, Birnen und Äpfel unverändert, Pflaumen 20, Pfirsiche 50—65, Wein 45—120, Tomaten 15, Gurken 10 bis 25, Weißkraut 10, Rotkraut 8, Bohnen 20, Blumenkohl 15—35—70 Spinat 20, Kartoffeln 6 1/2—8, Preiselbeeren 70 Pfg. das Liter.

Ramenz. (Ueber eine Postkarte, die 11 Jahre unterwegs war,) wird uns aus unserem Leserkreis berichtet. Sie ist am 3. Juli 1915 in Brüssel zur Post gegeben worden, und erst in diesen Tagen, am 21. September 1926, wurde die Karte dem in Ramenz wohnhaften Adressaten zugestellt.

Bischofswerda. (40 Jahre im Dienste der Stadt.) Am 15. September konnte Herr Stadtkämmerer Wagner auf eine 40jährige Dienstzeit als städtischer Beamter zurückblicken.



Grippe und Husten.

Gurgeln Sie mit Chinosol! Versuchs-packung 60 Pf. in allen Apotheken und Drogerien.

Bauzen, 22. September. (Ein erheiternder Zwischenfall) ereignete sich in der letzten Sitzung des Bezirksausschusses. Zur Beratung stand ein Besuch der Versuchsanstalt für landwirtschaftliche Arbeitslehre in Pommeritz, betr. die Erlaubnis zum Ausschank von Bier, Branntwein und alkoholfreien Getränken in der Kantine der Anstalt. Da es sich um eine Neuerteilung handelte, wurde das Gesuch besonders kritisch geprüft. Von der Linken wurde besonders die Konzeptionierung von Branntwein beanstandet. Wein würde man angesichts seiner Billigkeit noch zulassen, aber wozu Branntwein in einem derartigen Institut notwendig sein sollte, sei nicht einzusehen. Das lasse sich nur daraus erklären, daß es sich hier um ein landwirtschaftliches Erzeugnis handle. Von der Rechten wurde jedoch unter schallender Heiterkeit darauf hingewiesen, daß die Anregung hierzu vom sozialdemokratischen sächsischen Wirtschaftsminister ausgegangen sei.

Dresden. (Keine bürgerliche Einheitsliste.) In den Verhandlungen des Landesbürgerrates mit den Parteien am Donnerstag vormittag ist der Gedanke der Einheitsliste endgültig aufgegeben worden. An ihrer Stelle ist aber von den beteiligten Parteien eine Uebereinkunft getroffen worden, die geeignet ist, ein Zusammengehen des Bürgerturns zu unterstützen. Die Vereinbarung hat folgenden Wortlaut: Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) sind sich darin einig, daß der Gedanke einer bürgerlichen Einheitsliste wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten und vor allem bei der erwiesenen Unmöglichkeit, sämtliche Parteien und Gruppen zusammenzufassen, nicht weiter verfolgt werden kann. Sie sind aber weiter darin einig, daß die Parteien, die sich um die Einheitsliste bemüht haben, insbesondere die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, nach wie vor bestrebt sein müssen, alles daran zu setzen, um eine nicht-sozialistische Mehrheit im bevorstehenden Landtagswahlkampf zu erlangen. Sie sind endlich darüber einig, daß die drei künftigen Fraktionen nach der Wahl zu einer vertrauensvollen Besprechung über die Regierungsbildung zusammentreten sollen.

Dresden, 23. September. (Bundestag des Deutschen Beamtenbundes.) Der 95 000 Mitglieder zählende Deutsche Beamtenbund, die parteipolitisch-neutrale Spitzenorganisation der deutschen Beamtenschaft, hält seinen 5. ordentlichen Bundestag vom 7. bis 9. Oktober 1926 in den Kammerräumen in Berlin ab. Die Tagung wird im Zeichen „Schutz und Förderung des deutschen Berufsbeamtentums“ stehen.

Leipzig. (Keine Zuschlagssteuer für Gewerbe- und Grundsteuer.) Die Stadtverordneten haben die Ratsvorlage betr. eine Zuschlagssteuer für Gewerbe- und Grundsteuerbeträge zur Steuerordnung für die Stadt Leipzig abgelehnt.

Sächsischer Landtag.

Sitzung am 23. September.

Dresden. In der heutigen ersten Vollsitzung des Landtags nach den großen Ferien gedachte der Präsident zunächst des durch den Tod abgerufenen Landtagsjournalisten Scholz, der lange Jahre in Treue im Parlament gearbeitet hat. Die Abgeordneten aller Parteien erhoben sich zum ehrenden Gedächtnis von ihrem Plätzen. Dann teilte der Präsident mit, daß der Abg. Ziller seinen Austritt aus der deutsch-nationalen Fraktion angezeigt habe, und daß die Regierung beabsichtige, die Landtagswahlen für den 31. Oktober auszuschreiben. Den ersten Gegenstand der Beratung bildete der Gesetzentwurf über die Aenderung des Landeswahlgesetzes. Nach kurzen, meist zustimmenden Erklärungen ging der Entwurf an den Rechtsausschuß. Die Vorlage wegen des Verkaufs der staatlichen elektrischen Straßenbahnen wurde ohne Aussprache an den Haushaltsausschuß B verwiesen. Eine längere Debatte entfesselte eine deutsch-nationale Anfrage um die Anstellung zweier tschechoslowakischer Staatsangehöriger an der Universitätsaugenklinik in Leipzig, sowie wegen der Verpflegung und Gehaltsfrage bei dieser Klinik. Der deutsch-nationale Redner richtete schwere Angriffe gegen die Regierung wegen der genehmigten Anstellungen und gegen die Verzele der Klinik wegen ihrer hohen Honorarforderungen. Minister Kaiser wies die Angriffe zurück. Er erklärte, daß die berufenen Verzele Deutsche aus der Tschechoslowakei seien, die an der deutschen Universität Prag studiert hätten. Soweit sich Mißstände bei den Honorarforderungen und Verpflegungskosten ergeben hätten, werde für Abhilfe gesorgt. Es könne auch ein Armer von einem guten Arzte behandelt werden, wenn er sich in Klinikbehandlung begeben. Die sozialistischen und kommunistischen Redner bemängelten vor allem die hohen Verpflegungskosten und den Verbrauch mancher Verzele, einen Patienten nicht eher zu behandeln, bis das Geld auf dem Tische liege. Sie forderten daß die Privatstationen an den staatlichen Anstalten abgekauft würden. Ein kommunistischer Antrag auf Eingemeindung des Gutsbezirkes Lager Zeitlan in eine der umliegenden Gemeinden und die Vorlage über den Verkauf des Revierteils N „Die Sechsstuben“ des Staatsforstreviers Pläne an die Stadt Chemnitz zur Anlage eines Waldriedhofes gingen nach kurzer Besprechung an die Ausschüsse. Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 5. Oktober, nachmittags 1 Uhr statt. Die Tagesordnung bilden die zweiten Lesungen der heute vorbereiteten Vorlagen.

Das badische Zentrum gegen Unitarismus und für Wahlreform.

Freiburg i. B. Der Hauptauschuß der badischen Zentrumsparlei, der in Freiburg tagt, hat eine Entscheidung gefaßt, die das Verhältnis Badens zum Reich behandelt und erklärt:

„Das badische Zentrum stand in allen Lagen treu zum Reich. Dabei soll es auch fernerhin bleiben, aber dann muß es auch ebenso scharf ausgesprochen werden:

Wir leisten den Bestrebungen, unser badisches Staatswesen auf den Boden einer großdeutschen Provinz herabzudrücken, mit allen erlaubten Mitteln Widerstand, auch wenn es auf dem Wege einer eigenartigen Finanzpolitik versucht werden wird. Unsere Erfahrungen seit 1870 sowie das Ideal von Großdeutschland zwingen uns zu diesem Standpunkt.“

Zur Wahlrechtsreform nimmt eine Entschließung Stellung, in der es heißt: Das Zentrum sehe in dem gegenwärtigen Wahlsystem eine der Hauptursachen der Wahlmüdigkeit und der Parteizersplitterung, es fordere deshalb eine

Rückkehr zum Einermahlskreis unter Beibehaltung der Verhältniswahl.

Der badische Landtag wird sich wahrscheinlich noch in diesem Winter mit einer Wahlreform beschäftigen. Da auch von sozialdemokratischer Seite Zustimmung zu den Plänen des Zentrums vorliegen, ist anzunehmen, daß die badische Regierung selbst dem Landtag eine entsprechende Vorlage unterbreiten wird.

Die amtliche Großhandelsindexziffer am 22. September 1926

Berlin, 23. September. Die auf den Stichtag des 22. September berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 15. September von 127,4 auf 126,7 um 0,5 % zurückgegangen. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer der Agrarerzeugnisse um 0,6 % auf 128 und die Indexziffer der Industrierstoffe um 0,2 % auf 124,5 nachgegeben.

Ausschuffungen des Reichsverbandes des deutschen Handwerks.

Hannover. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat zu Anfang Oktober mehrere seiner Ausschüsse nach Düsseldorf berufen. Am 7. Oktober treten der Sozialpolitische Ausschuß und der Berufsständeausschuß zusammen. Die Tagesordnung umfaßt: die Tariffähigkeit der Zwangsinnungen, Alters- und Invalidenversicherung sowie Erwerbslosenversicherung für das selbständige Handwerk. Auch die Frage der Arbeitslosenversicherung ist vorgesehen, des weiteren ein Vortrag sowie Aussprache über den Aufbau des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und den Ausgleich der Funktionen unter seinen Mitgliedsverbänden. Am gleichen Tage findet noch eine Sitzung des Ausschusses für Finanz- und Steuerpolitik sowie des Ausschusses für Wirtschaftspolitik statt.

Das Saargebiet zählt die höchsten Steuern der Welt.

Saarbrücken. In der Stadtverordnetenversammlung in Saarbrücken wies der Sprecher des Zentrums auf die ungerechte Verteilung der Steuerlasten im Saargebiet hin, wobei er die in der jüngsten Denkschrift der bürgerlichen Landesratsfraktionen an den Völkerverbund erhobene Beschwerde unterstrich, daß die französische Grubenverwaltung — der größte Unternehmer im Saargebiet — statt ein Drittel der gesamten Steuern des Saargebietes nur ein Zehntel zahle, wodurch ein ungeheurer Steuerausfall entstehe. Die Aufregung weiter Bevölkerungskreise über die unerträgliche Steuerbelastung — das Saargebiet zahlt im Verhältnis zu seinem Einkommen die höchsten Steuern der Welt — ist verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß beispielsweise das steuerliche Existenzminimum für die Lohnempfänger ungleichmäßig nur 24 Mark, in Deutschland dagegen 90 Mark beträgt.



Vor Bildung einer neuen Regierung in Spanien?

Paris. Ein amerikanisches Blatt läßt sich aus Biarritz melden, daß sich seit zwei Tagen innerhalb der politischen Kreise Spaniens immer deutlicher eine Tendenz zeigt, die auf die Bildung einer neuen Regierung und

eine Neuorientierung der Außenpolitik

abzielt, um Spanien die Möglichkeit zu geben, seinen Platz innerhalb der übrigen Nationen wieder einzunehmen. Die Beratungen zwischen der Regierung und dem König gingen in größter Heimlichkeit vor sich.

General Primo de Rivera hat San Sebastian plötzlich verlassen, um nach Madrid zurückzukehren. Viele Anzeichen lassen darauf schließen, daß sich eine vollkommene Wandlung vorbereitet und eine

Reorganisation noch vor Ablauf einer Woche

durchgeführt ist. Bezeichnend ist die Tatsache, daß der König den früheren konservativen Führer Sanchez Guerra zu sich gerufen hat, den einzigen Mann, der seine Opposition zu dem Diktator nicht aufgegeben hat. Man weiß noch nicht genau, was in der Zusammenkunft zwischen dem König und Sanchez Guerra besprochen worden ist. Man hält es aber für möglich, daß der König Sanchez Guerra um seine Mitarbeit an der neuen Regierung gebeten hat.

England gegen Mobilisierung der Dawesobligationen.

London. Wie der diplomatische Korrespondent eines englischen Blattes schreibt, findet der französische Vorschlag auf Mobilisierung eines beträchtlichen Teiles der Dawesobligationen auf dem internationalen Geldmarkt sowohl bei britischen als auch amerikanischen Bankiers wenig Gegenliebe. In diesen Kreisen ist man der Ansicht, daß Frankreich, wenn es Geld zu verhältnismäßig niedrigen Zinssätzen wünsche, es in erster Linie seinen internationalen Kredit wiederherstellen solle. Das könne nur durch Ratifikation der britischen und amerikanischen Schuldenabkommen geschehen. Ohne eine solche Ratifikation werde Amerika nicht für irgendeine Mobilisierung der Dawes-Vorzugsobligationen zu haben sein.

Aus aller Welt.

Großfeuer. In der Korksteinplatten- und Wärmeschutzmassenfabrik von Richard Stumpf in Leipzig-Plagwitz entstand ein Brand, dem der größte Teil der Fabrikationsräume zum Opfer fiel. Fast die gesamte maschinelle Einrichtung wurde vernichtet. Der Schaden ist beträchtlich. Die Entstehungsursache ist nicht bekannt.

Zusammenstoß zwischen Eisenbahnzug und Lastauto. In Unteröwisheim (Nmt Bruchsal) wurde ein Lastauto mit Anhänger, in welchem sich zehn Frauen vom Bruchsaler Wochenmarkt befanden, bei einem Bahnübergang von einem Zuge angefahren. Beide Wagen wurden etwa 20 Meter weit fortgeschleudert und umgeworfen. Die Insassen gerieten zum Teil unter die Wagen, zum Teil wurden sie im Bogen auf die Straße geschleudert. Zwei Frauen wurden getötet und drei schwer verletzt. Die anderen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Drei Tote bei einem Automobilunglück. Auf der Karlsruher Straße in Durrersheim bei Karlsruhe fuhr ein auf der Fahrt von Wehlar nach Konstanz befindlicher Personkraftwagen infolge Steuerbruchs mit 80 Kilometer Stunden geschwindigkeit gegen einen Kilometerstein. Das Auto wurde zertrümmert. Der Fahrer Klein aus Wehlar sowie die Kaufleute Roemer und Schulz waren sofort tot. Eine Frau und ein zwölfjähriger Knabe wurden leicht verletzt; sie wurden in ein Krankenhaus gebracht.

Ein unaufgeklärtes Verbrechen. In der Staatsforst zwischen Ortelsburg und Bischofsburg fand man einen Motorradfahrer erschossen neben seinem Motorrad liegen, etwas davon entfernt seine Begleiterin, ein Mädchen, mit durchschnittener Kehle.

Ein Radauffschliger verhaftet. Ein Radauffschliger, der sich in diesem Jahre auf der Münchener Oktoberfestwiese bemerkbar gemacht hat, ist auf frischer Tat mit der Schere in der Hand ertappt und verhaftet worden. Es handelt sich um einen Schlosserlehrlingen, der bei der Vernehmung angab, nicht sagen zu können, was ihn zu seinem sonderbaren Tun veranlaßte.

Drei Arbeiter vom elektrischen Strom getötet. Drei Arbeiter, die auf dem Bahnhof Uebelbach bei Graz mit Ausbesserungsarbeiten an der Drahtleitung beschäftigt waren, warteten die Ausschaltung des elektrischen Stromes nicht ab und kamen der Leitung zu nahe. Alle drei Arbeiter wurden getötet.

Einbruch bei Bankier Rothschild. Im Schloß des Bankiers Louis Rothschild in Waidhofen an der Ybbs wurde ein großer Einbruch verübt. Den Tätern, welche mit den Verstecktheiten und den Gepflogenheiten des Schlosses wohlvertraut gewesen sein dürften, fiel eine wertvolle Beute an Juwelen und Bargeld in die Hände.

Schweres Gewitter über Rom. Bei einem schweren Gewitter, das über Rom niederging, wurden in der Villenkolonie Tivoli acht Gebäude durch Blitzschlag zerstört.

Bauunglück. Bei dem Bau einer großen Automobilgarage in Mailand brach ein Betondach ein und begrub eine Anzahl der Bauarbeiter. Bisher wurden zwei Tote und ein Schwerverletzter geborgen.

Untergang eines schwedischen Dampfers. Der schwedische Dampfer „Dagmar“ ist in der Ostsee untergegangen. 10 Personen sind ertrunken.

35 Flugzeuge in Pensacola zerstört. In der Marinefliegerstation von Pensacola (Alabama) sind bei dem letzten Wirbelsturm 35 Flugzeuge im Werte von über 1,5 Millionen Dollar zerstört worden.

Opiumschmuggel. Zollbeamte in Singapore haben große Mengen geschmuggeltes Opiums im Werte von 80 000 Dollar in den Kohlenbunkern des aus Amoy eingetroffenen Dampfers „Kwantung“ beschlagnahmt.

Zugentgleisung in Japan. Wie aus Osaka gemeldet wird, ist der Expresszug Schimonoseki—Tokio entgleist. 28 Personen wurden getötet, 50 verletzt.

Zum Garzer Brückeneinsturz.

Garz. Von zuständiger Stelle verlautet über das bisherige Ergebnis der Untersuchung über den Brückeneinsturz nachfolgendes:

Die Nachforschungen durch Taucher nach dem dritten tödlich Verunglückten blieben bisher ohne Erfolg. Mit der Untersuchung am Bauwerk ist begonnen worden. Der Befund der Bruchstelle an dem Mittelbogen läßt erkennen, daß das zum Bau verwandte Material allen Ansprüchen genügt. Die Bruchstelle läuft quer durch das verwandte Kies- und Schottermaterial, ohne daß einzelne Steine sich aus der Betonmasse herausgelöst haben. Das verwandte Moniereisen ist, soweit die Bogen bisher untersucht werden konnten, an keiner Stelle gerissen. Irgendeine der bisher ausgesprochenen Vermutungen über die eigentliche Ursache des Einsturzes konnte bisher nicht bestätigt werden.

Der Sturm in Mittelamerika.

Nassau (Insel New Providence). Der Sturm, der über den Bahama-Inseln wütete, verursachte große Sachschäden. In Nassau selbst sind 17 Tote und etwa 20 Verletzte zu beklagen.

Nach Nachrichten des amerikanischen Roten Kreuzes ist in Miami eine Typhusepidemie ausgebrochen. Ein Flugzeug mit den notwendigsten Medikamenten ist eiligst dorthin abgegangen.

Eisenbahnrevol auf der Strecke Hamburg—Berlin.

Hamburg. Wie die Reichsbahndirektion Altona mitteilt, entdeckte und meldete am Mittwoch vormittag ein Streckenläufer auf seinem Dienstweg zwischen den Bahnhöfen Brahlstorf und Prißler, daß am Kopf einer Schiene ein kurzes Stück herausgebrochen sei. Das betreffende Gleis zwischen Brahlstorf und Prißler wurde durch Bahnhof Brahlstorf sofort gesperrt.

Der F.D.-Zug 23, der sich 10 Minuten später Brahlstorf näherte, wurde deshalb von Brahlstorf aus, nachdem er vor Brahlstorf zum Halten gebracht und in das Ueberholungsgleis im Bahnhof Brahlstorf genommen war, auf einem falschen Gleis unter Beobachtung aller für solche Fälle vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen in das richtige Fahrgleis übergeführt.

14 Kinder durch Tollkirschen vergiftet.

Halle. Aus Clausthal wird gemeldet: Bei einem Schulausflug aßen vierzehn Kinder einer Klasse in der Nähe von Schensfelde Tollkirschen. Die Lehrer gaben den Kindern sofort Kalzlauge zum Trinken, um Erbrechen zu erzeugen und riefen ferner einen Arzt zur Hilfe, der die notwendigen Gegenmaßnahmen traf. Damit ist für die Kinder die größte Gefahr vermieden. Nur ein Kind liegt noch schwerkrank im Krankenhaus.

Gefährdung eines Eisenbahntransports durch Schulkinder.

Quedlinburg. Aus Gatersleben wird gemeldet: Drei Knaben aus der ersten und zweiten Klasse machten sich am Bahnkörper am Nachmittagsweg zu schaffen. Sie legten Schottersteine auf die Schienen und Grasnarben davor, um nun zu beobachten, was der Zug wohl damit tun würde. Nicht genug damit, daß ein Güterzug das Hindernis beiseite schob, wiederholten sie den Versuch ein zweites Mal. Der von Halberstadt kommende Arbeiterzug überfuhr das Hindernis und zermalnte die Steine. Nun sollte ein drittes Mal der Vorgang beobachtet werden.

Zum Glück bemerkte der Lokomotivführer des Personenzuges von Gatersleben die Steine auf dem daneben laufenden Schienenstrang und meldete die Beobachtung auf der Station Gatersleben. Sofort wurde die Sache verfolgt und man traf die Kinder spielend unter der Eisenbahnbrücke an. Wie leicht hätte durch diesen unbegreiflichen Leichtsinns ein großes Unglück verursacht werden können.

Die Angelegenheit wird weiter verfolgt, doch wäre ein vorläufiger Denkwortel in Gestalt einer klüglichen Tracht Prügel wohl trotzdem nicht verfehlt.

Folgeschweres Eisenbahnunglück in Frankreich

7 Tote — 20 Verletzte.

Paris. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich auf der Strecke Paris—Lyon. Der Personenzug Nr. 106 verlor unterwegs infolge Bruchs der Kuppelung mehrere Wagen, ohne daß der Zugführer es bemerkte. Wenige Minuten später mußte der Expresszug Lyon—Paris die Stelle passieren. Der Lokomotivführer des Expresszuges sah zwar die Wagen vor sich, versuchte mit aller Kraft zu bremsen, konnte aber den Zusammenstoß nicht verhindern. Die drei Wagen des Personenzuges, der Packwagen, ein Schlafwagen und ein gewöhnlicher Wagen erlitten schwere Beschädigungen. Lokomotive, Tender, zwei Packwagen und drei Personenwagen des aufzufahrenden Expresszuges wurden fast völlig zertrümmert. Bisher zählt man sieben Tote und 20 Verletzte. Erst eine halbe Stunde nach dem Unglück bemerkte der Lokomotivführer des Personenzuges, daß er drei Wagen seines Zuges verloren hatte.

Handel und Gewerbe.

Eine Auslandsanleihe Hamburgs. Hamburg verhandelt schon seit längerer Zeit mit einer deutsch-englisch-amerikanischen Gruppe zur Aufnahme einer größeren Auslandsanleihe. Die

Verhandlungen stehen kurz vor dem Abschluß. Die Höhe der Anleihe soll etwa 100 Millionen betragen. Die Anleihe dient der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Die Verzinsung der Anleihe wird 6 Prozent betragen.

Die französische Anleihe in Holland. In einem Pariser Blatt wird das Votum veröffentlicht, durch das Poincaré ermächtigt wird, die bereits angekündigte 30-Millionen-Guldenanleihe in Obligationen zu tausend Gulden zu einem Zinssatz von 7 Prozent in Holland aufzulegen.

Junglehrernot.

Von P. Schulze, Frankfurt, M. d. R.

Junglehrer ohne Beschäftigung. Wer das liest, ist leider zu oft geneigt, die Stillschließung der Lehrer gleichzustellen mit der durch die wirtschaftliche Not bedingten Arbeitslosigkeit in anderen Berufen. Und doch ist die Junglehrernot nicht eine Frage des Lehrerstandes und -berufs, sondern eine Volksnotfrage.

In erster Linie muß ihr gesteuert werden um der Schule, um unserer Kinder Erziehung willen. Viele Junglehrer finden durch ihre Tüchtigkeit Unterkunft in anderen Berufen und werden die Besten niemals wieder zur Schule zurückkehren. Andere fristen ihr Leben, indem sie in weitaus fremden Berufen ihren Lebensunterhalt verdienen und mit der Zeit ihrem Berufe verloren gehen. Ein großer Teil ist als Gelegenheitsarbeiter tätig. Was soll aus den Lehrern werden, die in Kinos, Nachtcafes und dergleichen durch Musizieren oder gar durch Singen auf Höfen ein paar Pfennige zum Leben ergattern?

In fünf Jahren wird infolge der Beseitigung der Lehrerseminare und des mangelnden Nachwuchses auf pädagogischen Akademien Lehrermangel einziehen. Wenn dann diese Junglehrer, die sieben bis zehn Jahre stellunglos waren, in die Schule zurückkehren, werden es noch Lehrer und Erzieher sein, ja sein können? Dazu kommt, daß Not und Verzweiflung viele Junglehrer ins kommunistische Lager treibt. Durch Umsturz erhoffen sie Besserung. In einer Junglehrerverammlung jubelten die Lehrer dem kommunistischen Redner zu. Geldausgaben für Reichswehr und Polizei glaubten sie entbehren zu können.

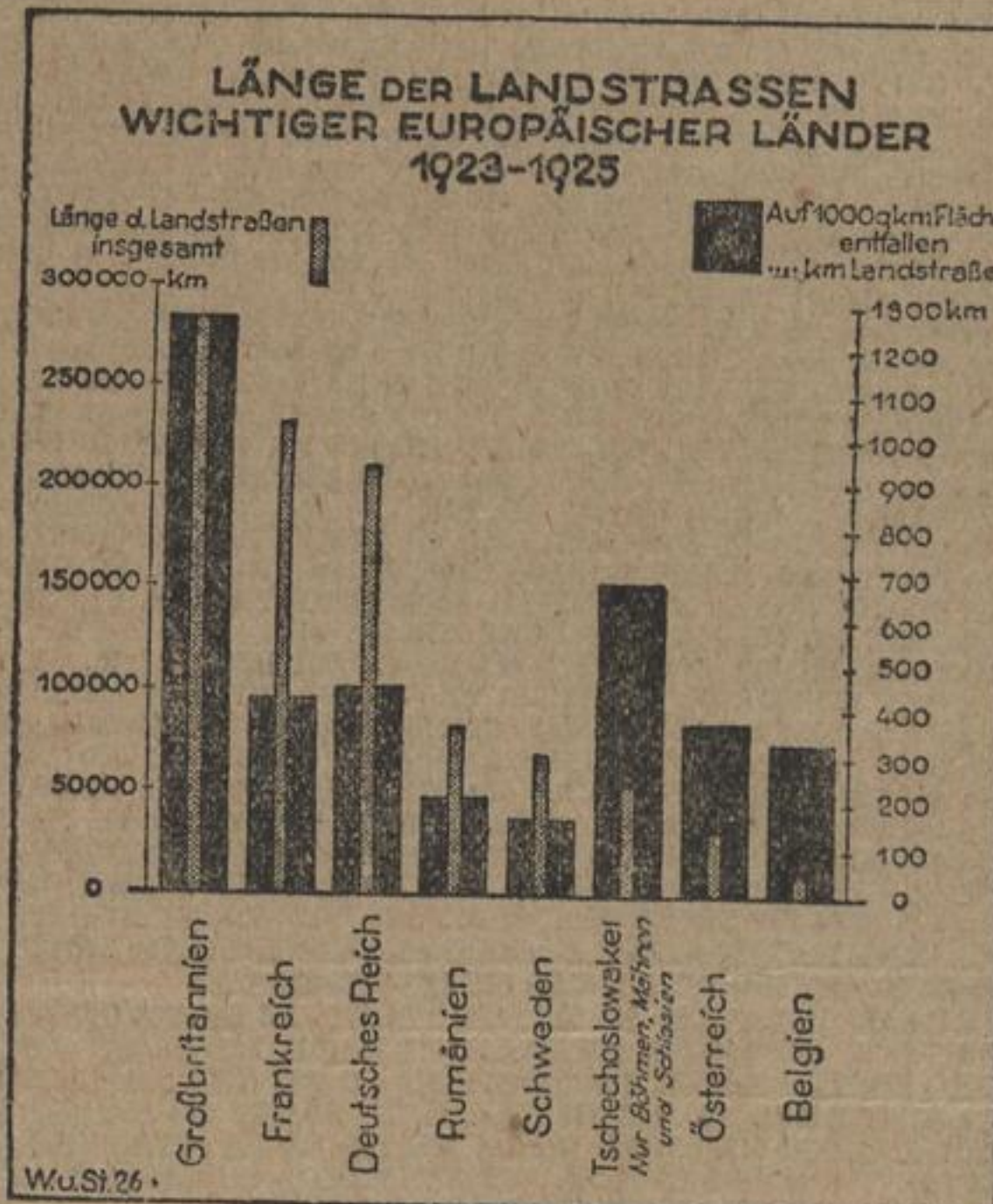
Staat und Regierung hat in Verkennung der Tatsache, daß es sich um die Schule, um die Erziehung und Erziehung unserer Kinder handelt, lange auf Abhilfe warten lassen. Die Deutschnationale Partei hat im Reichs- und Landtage sich wiederholt für die Junglehrerfrage eingesetzt. Wenigstens im letzten Jahre Mittel bewilligt wurden, um dieser Not zu steuern, um die Junglehrer durch Hospitieren ihrem Berufe nicht entfremden zu lassen, so ist im Interesse von Deutschlands nationaler Kultur die Forderung zu stellen: Hinein mit den Junglehrern in die Schule, der Kinder und um des Staates willen.

Nachdem die Schule des Lebens, das Heer dem deutschen Volke genommen, fällt die Erziehung und Erziehung um so mehr der Schule zu. Auf dem Parteitag in Köln vom 8. bis 10. September wird die Forderung: Beseitigung der Junglehrernot, erneut erhoben werden; denn Junglehrernot ist Schulnot, ist Volksnot.

Soziale Fragen.

Einigung im Lohnstreit des Nacher Steinkohlenbergbaues. In dem Lohnstreit im Nacher Steinkohlenbergbau ist durch einen Vergleich vor dem Schlichter für das Rheinland eine Einigung zustande gekommen. Es tritt eine einprozentige Lohnerhöhung ein. Das Abkommen läuft bis Ende Mai 1927. Damit ist die Lohnbewegung im westlichen Kohlenrevier (Ruhrkohle, Buntkohle, rheinisches Braunkohlenrevier und Ibbendürener Bergbau) als vorläufig abgeschlossen zu betrachten.

Weitere Bewilligung von Notstandskrediten in Hamburg. Die Hamburger Bürgerschaft genehmigte nach längerer lebhafter Aussprache die Notstandsvorlage des Senats, durch welche weitere 45,8 Millionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für Fürsorgemaßnahmen ausgeworfen werden.



Nichtig kochen



muß man, um gute Speisen auf den Tisch zu bringen. Deshalb beachten Sie bitte auch bei Maggi's Suppen die jedem Würfel aufgedruckte einfache Kochanweisung, die naturgemäß nicht für jede der vielen Sorten die gleiche sein kann. Dann schmecken Maggi's Suppen vorzüglich. 1 Würfel f. 2 Teller 13 Pf.

Landeswetterwarte Dresden

Sonnabend: Wenig freundliche, zu vereinzelten Niederschlägen neigende kühle Herbstwitterung, von mittleren ergabreichen Lagen an sehr kühle, oft nur vorübergehende, aus südlichen sonst meist aus westlichen Richtungen drehende Winde, im Gebirge zeitweise lebhaft. Sonntag: Keine durchgreifende Änderung.



Pulsnitzer Tageblatt

Freitag, 24. September 1926

Beilage zu Nr. 223

78. Jahrgang

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses.

Am Montag, den 20. September, vormittags 9 Uhr fand unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Dr. Sievert die 9. Sitzung des Bezirksausschusses in diesem Jahre statt. Die Tagesordnung war besonders umfangreich, insgesamt standen 37 Gegenstände zur Beratung und Beschlussfassung.

Zunächst erstattete der Herr Amtshauptmann eingehenden Bericht über die gegenwärtige Arbeitsmarktlage. Eine wesentliche Besserung der allgemeinen Lage ist auch in den letzten sechs Wochen nicht eingetreten, die Entlohnungen haben nur eine vorübergehende Entlastung des Arbeitsmarktes mit sich gebracht. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen, die — nach dem Höchststand am 15. Februar dieses Jahres mit 3316 — am 1. April 2769, am 1. Mai 2180, 1. Juni 2290, 1. Juli 2341, 1. August 2009, 1. September 1732 betrug, ist bis 15. September wieder etwas gestiegen und beläuft sich zur Zeit auf 1790. Während im diesjährigen Haushaltsplan für das Sommerhalbjahr mit durchschnittlich 1000 Erwerbslosen gerechnet worden war, beträgt die Zahl leider im Durchschnitt 2200. Im Winter, für den im Haushaltsplan 2200 Erwerbslose angenommen worden waren, wird mit mindestens 2500 Erwerbslosen gerechnet werden müssen. — Ueber die einzelnen Gebiete der Wirtschaft wurde folgendes berichtet: Im Baugewerbe sind trotz der durch Zuschüsse aus Staatsmitteln belebten Bauaktivität den ganzen Sommer über Maurer und Zimmerer bisher in erheblicher Anzahl arbeitslos gewesen. Beim Tiefbau ist der Arbeitsmarkt schlecht; die Reichsbahn hat sich genötigt gesehen, wieder Arbeiter zu entlassen, wovon auf Kamenz allein 30 Mann entfallen. In der Steinindustrie steht eine weitere Verschlechterung in Aussicht, namentlich ist eine Entlassung von Arbeitern in der Gegend von Königsbrück zu erwarten. Zu begrüßen ist, daß die Kamenzener Oefenfabriken zur Zeit wieder voll arbeiten können. In Königsbrück muß in der Keramik aber leider noch kurz gearbeitet werden. Die Getreideernte zeigen eine leichte Besserung der Beschäftigung. Die Glashütte zu Kamenz ist in der Lage, nur noch etwa 50 Leute kurz arbeiten zu lassen, hat aber auch bedauerlicherweise einige Arbeiter entlassen müssen. Leider hat sich in der Metallindustrie die große Anzahl der Arbeitsuchenden noch nicht vermindert. Die Lage der Textilindustrie ist nach wie vor unverändert ungünstig, insbesondere im Pulsnitzer Bezirk. Die Beschäftigung in der Kamenzener Tuchindustrie ist angesichts der allgemeinen Verhältnisse noch als befriedigend anzusehen. Der Bezirksausschuß nahm von den Ausführungen Kenntnis.

Sodann berichtete der Herr Amtshauptmann eingehend über den Stand der Gewährung von Entschädigungen für die Hochwasser Schäden. In der Verordnung des Gesamtministeriums, die — von den Beteiligten seit langem sehr lebhaft erwartet — in den nächsten Tagen den Kreis- und Amtshauptmannschaften zugehen wird, wird folgendes bekanntgegeben werden: Aus Reichs- und Landesmitteln werden zur teilweisen Deduktion der Hochwasser Schäden, die im ganzen Lande etwa 12 1/2 Millionen Mark betragen, 4 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, davon 1,5 Mill. Mark als Beihilfen und 2,5 Mill. Mark als Darlehen. Von dem Beihilfenbetrag werden 0,4 Mill. Mark und von dem Darlehensbetrag 0,5 Millionen Mark zur teilweisen Deduktion der an öffentlichen Wegen usw. verursachten Schäden abgeweiht werden, sodas zur Verringerung von Privatschäden 1,1 Millionen Mark für Beihilfen und 2 Mill. Mark für Darlehen übrig bleiben. Von dem Beihilfenbetrag von 1,1 Mill. Mark werden auf den Regierungsbezirk der Kreishauptmannschaft Bautzen etwa 178 000 RM. entfallen. Für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Kamenz wird mit einem Betrage von etwa 30 000 Reichsmark gerechnet werden können. Von den von der Staatsregierung bereitgestellten Krediten für Privatschäden in Höhe von 2 Mill. Mark soll auf den Bezirk der Kreishauptmannschaft Bautzen der Betrag von etwa 323 800 RM. entfallen. Hiervon wird der Bezirk der Amtshauptmannschaft Kamenz schätzungsweise 55 000 RM. erhalten. Sicherstellung ist für die Darlehen nicht mehr vorgesehen. Ihre Zurückzahlung soll in 4 bzw. 5 Jahren erfolgen. Der Zinsfuß wird 4% betragen. — Die zur Verfügung gestellten Mittel werden natürlich nicht ausreichen, um sämtlichen von Hochwasser- und Unwetter Schäden Betroffenen eine fühlbare Entlastung gewähren zu können. Die Kreishauptmannschaften werden beauftragt, die auf sie entfallenden Beträge unterzuverteilen auf die Bezirksverbände. Die mit der Bewilligung der Beihilfen an die einzelnen Kalamitäten betrauten Bezirksverbände sollen sich darauf beschränken, nur dort Zuschüsse zu geben, wo ohne sie die wirtschaftliche Existenz der Geschädigten aus schwerer Gefahr sein würde. Deshalb ist in allen Fällen zu prüfen, in welchem Verhältnis der amtlich festgestellte Entschädigungsbetrag zu der Gesamteinahme des Geschädigten steht. Nach von den Ministereien vorgenommenen Probeberechnungen wird es annehmbar möglich sein, mit den verfügbaren Mitteln denjenigen geschädigten Landwirten und Erwerbsgärtnern, die durch die Unwetterkatastrophen dieses Sommers mehr als 75 v. H. ihrer Gesamternte — nicht nur des Ertrages der geschädigten Fruchtarten — verloren haben, etwa 50 v. H. des Verlustes zu ersetzen. Bei einem Ernteverlust zwischen 50 bis 75 v. H. wird im Durchschnitt mit einer Beihilfe von 33,3 v. H. des Schadens und bei einem Ernteverlust von 25-50 v. H. mit einer Beihilfe von 10 v. H. des Schadens gerechnet werden können. Alle diejenigen Landwirte aber, bei denen der Ernteverlust unter 25 v. H. des Gesamtertrages liegt, werden auf eine staatliche Beihilfe verzichten müssen. Darauf, daß bei der Schätzung des Schadens im hiesigen Bezirke besonders geringe Sätze zu Grunde gelegt worden sind, wird in der demnächst bei der Kreishauptmannschaft Bautzen zu erwartenden Verteilungsentscheidung besonders hingewiesen werden, damit die auf den Bezirk entfallenden Beihilfen, wenn möglich, etwas höher festgesetzt werden können. Die Unterverteilung der Beihilfen an die Geschädigten des Bezirkes wird durch den für den Bezirk bestehenden Ausschuß erfolgen. Besonders schwer ist, wie der Herr Amtshauptmann ausführte und Herr Rittergutsbesitzer Pampel in der Sitzung bekräftigte, der Rittergutsbesitzer Barthels in Milstrich betroffen worden. Fast die gesamte Kartoffel- und Heuernte ist ihm verloren gegangen. Die Schätzungskommission hat sich bereits davon überzeugen können. Auch eine Reihe kleinerer Besitzer, besonders an der Schwarzen Elster, am Kloster- und am Schwarzwasser, sind im Verhältnis in gleicher Weise geschädigt. Es wird nötig sein, für diese am meisten Geschädigten die Hilfe besonders wirksam zu gestalten. Ohne Entschädigung

der Kreishauptmannschaft bei der Verteilung auf die einzelnen Bezirksverbände wird dies aber kaum möglich sein. In der Verteilungsentscheidung wird daher besonders auf diese Fälle hinzuweisen sein.

Der Bezirksausschuß nahm von allen Ausführungen zu stimmend Kenntnis. Der Amtshauptmann berichtete im Anschluß daran über die an den Flußläufen vorzunehmenden Reinigungs- und Wiederherstellungsarbeiten. Nachdem die Ufer und angrenzenden Grundstücke infolge der warmen Witterung der letzten Wochen getrocknet sind, soll darauf hingewirkt werden, daß an den Wasserläufen, besonders der Schwarzen Elster, am Klosterwasser und am Schwarzwasser, die Reinigungs- und Instandsetzungsarbeiten noch im Herbst dieses Jahres als Notstandsarbeiten zur Ausführung gebracht werden. Bei dieser Gelegenheit machte der Herr Vorsitzende weiter noch die Mitteilung, daß vom Wirtschaftsministerium die Frage der Fortführung der Eisenbahnlinie von Schwepnitz nach Straßgräben als Notstandsarbeit bei der Reichseisenbahnverwaltung erneut beantragt worden ist. Ohne Beteiligung der Interessenten (Gemeinden, Industrien) wird dies aber nicht möglich sein. Bei der Wichtigkeit, die die Linie für den Amtsgerichtsbezirk Königsbrück hat, und um eine Verbesserung der Verbindung desselben mit der Bezirksstadt Kamenz herbeizuführen, erklärte sich der Bezirksausschuß grundsätzlich geneigt, dem Bezirksrat, soweit erforderlich, einen entl. im Darlehenswege zu beschaffenden Beitrag zur Errichtung der Linie als Bezirksmittel vorzuschlagen. — Mit Rücksicht auf die bei den Arbeitsnachweisen des Bezirkes (Kamenz, Pulsnitz, Großröhrsdorf, Königsbrück) durch die Erwerbslosigkeit entstandene Arbeit mußte bei ihnen von Ende Dezember v. J. an eine Anzahl von Hilfskräften angenommen werden. Einschließlich der Geschäftsführer sind zur Zeit beim Bezirksarbeitsnachweis Kamenz (der verschiedene Geschäfte für den ganzen Kamenzener Bezirk mit zu versorgen hat) 6, beim Arbeitsnachweis Pulsnitz 5, beim Arbeitsnachweis Großröhrsdorf 2 und Arbeitsnachweis Königsbrück 3 Hilfskräfte beschäftigt. Es war gehofft worden, daß diese Beschäftigung nur eine vorübergehende sein würde. Bei dem Anhalten der Erwerbslosigkeit ist aber eine länger andauernde Beschäftigung nötig geworden. Der Bezirksausschuß genehmigte zur ordnungsmäßigen Erledigung der Dienstgeschäfte in den Arbeitsnachweisen die Weiterbeschäftigung dieser Angestellten. Eine Entlassung kann nur in Frage kommen, wenn in der Erwerbsloosfürsorge ein wesentlicher Rückgang eintritt. Der Bezirksausschuß ermächtigte den Herrn Vorsitzenden, die Anstellung der einzelnen Hilfskräfte auch weiterhin vorzunehmen. Die Anstellung erfolgt gegen vierzehntägige Kündigung und gegen entsprechende teilweise heute neu festgesetzte Vergütung. Ein vierteljährlicher Wechsel bei den Arbeitskräften, wie er vom Verwaltungsausschuß Pulsnitz gewünscht wird, soll nicht stattfinden, weil unbedingt eingearbeitete Kräfte benötigt werden. Kräfte, die sich nicht bewähren, sollen durch andere geeignete ersetzt werden. — Die Verwaltungsausschußmitglieder des Arbeitsnachweises in Pulsnitz und Umgebung haben eine Änderung der Satzung des Arbeitsnachweises Pulsnitz hinsichtlich der Höhe ihrer Tagelöhner beantragt. Gegenwärtig erhalten die Beisitzer für die Teilnahme an den Sitzungen eine Entschädigung nach Maßgabe der Bestimmungen, die für die Mitglieder des Bezirksausschusses gelten. Der Bezirksausschuß beschloß, es bei den bisherigen Bestimmungen zu bewenden und den Antrag auf sich beruhen zu lassen. — Vom Sächsischen Sparsassenverband in Dresden ist die Kasse des Bezirksverbandes und die Bezirksanwartschaftskasse in Jena geprüft worden. Beide Kassen wurden in guter Ordnung befunden. Der Bezirksausschuß nahm hieron Kenntnis.

Im Hinblick auf die bisherige große Erwerbslosigkeit und die im kommenden Winter in Aussicht stehende weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage hat auch der Bezirksverband höhere Kosten aufzuwenden, als dies im Frühjahr 1926 bei Aufstellung des Haushaltsplanes zu erwarten stand. Aus dem von Herrn Amtshauptmann erstatteten eingehenden Bericht über die Finanzlage des Bezirkes ging hervor, daß der Bezirksverband mit allen haushaltplanmäßigen Mitteln auskommen würde, allein bei den für Erwerbsloosfürsorge eingeleisteten Beträgen ist dies nicht möglich. Nur wegen der Kosten der Erwerbsloosfürsorge, an denen der Bezirksverband hinsichtlich der Unterhaltungen beteiligt ist mit 1/2, hinsichtlich der sachlichen Ausgaben mit 1/3 beteiligt ist, macht es sich nötig, dem Bezirksrat vorzuschlagen, die Bezirksumlage, die im Haushaltsplan bisher mit 330 000 RM. vorgesehen, bisher aber nur mit monatlich 25 000 Mark = 300 000 Mark jährlich erhoben worden ist, auf 400 000 RM. zu erhöhen. Die noch benötigten 100 000 Mark sollen in 7 Raten mit Wirkung vom September ab nach dem bisherigen Schlüsse auf die Gemeinden umgelegt und eingefordert werden, vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Bezirksrates. Der Vorsitzende wies dabei darauf hin, daß die Bezirksumlage auch bei einem Betrage von 400 000 Mark im Vergleich mit anderen Bezirksverbänden als niedrig erscheine (pro Kopf der Bevölkerung rund 5 Mark, in anderen Bezirken über 8 Mark).

Der Bezirksausschuß hatte in der Sitzung vom 10. August 1926 gelegentlich der Beschlussfassung über die vom Kreis- und Bezirksausschuß für die Aufnahme von Schulden durch die Gemeinden aufgestellten Grundzüge den Wunsch ausgesprochen, über die gegenwärtige Finanzlage der Bezirksgemeinden unterrichtet zu werden. Der Bezirksausschuß nahm an der Hand der ihm zugegangenen Zusammenstellung von der Finanzlage der Bezirksgemeinden Kenntnis. Wenn auch die Finanzlage einiger Gemeinden zu Beforgnissen Anlaß gibt und die Steuereingänge in letzter Zeit durchweg wesentlich zurückgegangen sind, so ergab sich doch aus den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden, daß die Vermögenslage der Gemeinden des Bezirkes im allgemeinen als gesund und angesichts der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht als ungünstig angesehen werden darf. — Das bisherige Mitglied des Grunderwerbsausschusses in Oberkeina, Herr Gutsbesitzer Franz Zeiler, hat sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt gesehen, das Amt niederzulegen. An seine Stelle wurde heute vom Bezirksausschuß der Gutsbesitzer Max Sieglitz aus Oberkeina gewählt. — Am 11. September 1926 hat eine ordentliche Generalversammlung der Kraftverkehr Freistaat Sachsen A. G. stattgefunden, an der der Herr Vorsitzende teilgenommen hat. Aus seinem heute darüber erstatteten Bericht war zu entnehmen, daß die Gesellschaft ein günstiges Geschäftsergebnis erzielt hat und in der Lage ist, eine Dividende von 10 v. H. = 1500 RM. an den Bezirksverband Kamenz für dessen 15 000 RM. betragenden Aktien auszuzahlen. Der Bezirksausschuß nahm hieron Kenntnis. Ueber die Kraftwagenlinie Bautzen-Kamenz berichtete der Herr Vorsitzende, daß sie zunächst bis Ende Oktober

dieses Jahres bestehen bleibt. Der Bezirksausschuß ermächtigte den Amtshauptmann, eine Vereinbarung mit den zuständigen Stellen dahin zu treffen, daß die Linie weiter aufrechterhalten bleibt. — Der Bezirksausschuß erklärte ferner seine Zustimmung dazu, daß die Kraftwagenlinie Kamenz-Crostwitz vom 1. Juli bis 31. Dezember 1926 probeweise weitergeführt wird und daß der Gewährleistungsbetrag, der entl. von den beteiligten Gemeinden nicht übernommen werden sollte, vom Bezirksverband getragen wird. — Hinsichtlich der Kraftwagenlinie Kamenz-Oßling-Wittichenau genehmigte der Bezirksausschuß die Übernahme der von den beteiligten Gemeinden etwa nicht übernommenen Gewährleistungssummen auf ein Vierteljahr. Bei der Beratung nahm der Bezirksausschuß aber grundsätzlich den Standpunkt ein, daß es in erster Linie Sache der beteiligten Gemeinden sei, die von der Kraftwagen- oder Postverwaltung als nötig bezeichneten Gewährleistungssummen zu übernehmen.

Infolge Verlegung des Wohlfahrtsamtes aus dem 1. Obergeschoss der Amtshauptmannschaft in das Erdgeschoss macht sich eine durchgreifende Erweiterung der neuzeitlichen Verhältnisse nicht mehr entsprechenden Fernsprechanlage für den Bezirksverband nötig. Der Bezirksausschuß genehmigte die hierfür erforderlichen Mittel und erklärte sich damit einverstanden, daß sie auf den Haushaltsplan des Bezirksfürsorgeverbandes übernommen werden. Die Einrichtung wird gelegentlich der jetzt im Gange befindlichen Verlegung des Dienstgebäudes der Amtshauptmannschaft mit elektrischem Licht getroffen werden, daß jedes Zimmer der Haupt- und Nebensitze Telefonanschluß erhält und bei Umwandlung der bisherigen Telefonanlage in automatische Betrieb die neuen Apparate nur an die jetzt neu zu legenden Kabel angeschlossen zu werden brauchen. — Die Frage der Einrichtung des Singschimmers beschäftigte den Bezirksausschuß nach Abschreibung der einzelnen Arbeiten und Anschaffungen sowie Eingang ministerieller Verordnungen erneut. Der Bezirksausschuß beschloß, die Tischlerarbeiten auf die Tischlermeister Richard Arnold und Haufe in Kamenz sowie die Dresdener Tischfabrik von Menzel in Großröhrsdorf zu verteilen, im übrigen aber die gesamte Regelung der Angelegenheit zunächst dem Herrn Amtshauptmann in Verbindung mit Herrn Rudolph Eger in Kamenz zu überlassen.

An der Sammlung für die Zeppelin-Generalspende, die in den Gemeinden bisher 2395 M. ergeben hat, haben sich etwa 30 Gemeinden (also 1/2) immer noch nicht beteiligt. Da die Liste über die in den einzelnen Gemeinden gesammelten Beiträge veröffentlicht werden wird, ist es erwünscht, daß sich keine Gemeinde von der Sammlung ausschließt. Aus diesem Grunde beschloß der Bezirksausschuß, daß nochmals an die im Rückstände befindlichen Gemeinden herantreten wird. Sollte auch hiernach der Gesamtbetrag der Sammlung einschließlich des Bezirksbeitrages von 500 RM. die Summe von 3000 RM. noch nicht erreichen, so soll der Fehlbetrag vom Bezirksverband übernommen werden. Sollten 3000 RM. überschritten werden, so soll der Gesamtbetrag auf volle 100 RM. aus Bezirksmitteln abgerundet werden.

Die von der Stadt Kamenz und vom Spritzenverband Kuckau angekauften Automobil-Motorspitzen sind nunmehr zur Aufstellung gelangt, die Übernahme ist erfolgt von sachverständiger Seite ist die Leistung der Spitzen als durchaus befriedigend bezeichnet worden. Der Amtshauptmann wies auf die Notwendigkeit hin, daß die Gemeinden, soweit dies noch nicht geschehen, ihre Teiche und Flußläufe in Ordnung bringen und halten, entl. neue Teiche anlegen, damit den Spitzern im Falle eines Großflusses, zu dem sie bis 15 Kilometer Entfernung vertragsmäßig auf Anruf der betreffenden Gemeinden auszurücken müssen, das nötige Wasser zur Verfügung steht.

Eine längere Beratung nahm die von Herrn Reg.-Rat Dr. Merzdorf vorgetragene Verteilung der Baukostenbeihilfen in Anspruch, die aus den von der Staatsregierung überwiesenen Darlehen von 164 000 RM. entnommen worden sind. Der Bezirksausschuß erklärte sich mit der Verteilung nach Maßgabe der ihm unterbreiteten Uebersichten einverstanden und genehmigte weiter, die Verteilung der restlichen 16 500 RM. Mit Berücksichtigung wurde davon Kenntnis genommen, daß es möglich wird, von den 164 000 RM. noch in diesem Jahre im Bezirk 52 neue Wohnungen errichten zu helfen.

Hinsichtlich der Eingemeindung der selbständigen Gutsbezirke Liebenau und Petershain in die beiden gleichnamigen Gemeinden nahm der Bezirksausschuß vom Sachstand Kenntnis, stellte fest, daß die Voraussetzungen des § 188 Abs. 2 der Gemeindeordnung gegeben sind und beschloß einstimmig, nimmend beim Ministerium des Innern die zwangsweise Eingemeindung herbeizuführen. — Der Stadtrat zu Königsbrück hat beschlossen, für die Stadt Königsbrück aus den Prämienreserven der öffentlichen Versicherungsanstalt der sächsischen Sparsassen zustehenden Kontingentsgelder — zur Zeit in Höhe von 6420 RM. — eine Ausfallbürgschaft zu übernehmen. Der Bezirksausschuß erteilte zur Übernahme dieser Bürgschaft die Genehmigung zunächst nur für die Jahre 1926 und 1927, sowie weiter unter der Bedingung, daß sofort Anzeige zu erstatten ist, wenn eine Beilehung nicht lediglich nach den Vorschriften des Abs. 1 in Ziffer 5 des mit der Versicherungsgesellschaft abgeschlossenen Abkommens stattfindet. — Die Gemeinde Hennersdorf hat eine Motorpritze angeschafft und um Bewilligung einer Beihilfe hierfür gebeten. Mit Rücksicht darauf, daß die Bewilligung derartiger Unterstützungen aus Bezirksmitteln von grundsätzlicher Bedeutung ist, beschloß der Bezirksausschuß, die Entscheidung in dieser Angelegenheit dem Bezirksrat anheimzustellen. — Gegen ein in der Gemeinde Pulsnitz M. S. aufgestelltes Ortsgesetz über Einreichung der Bauzeichnungen in dreifacher Ausfertigung hatte der Bezirksausschuß nichts einzunehmen und beschloß, es dem Ministerium des Innern zur Genehmigung beizubehalten einzubringen.

Anschließend der Verordnung zur Abänderung der Bestimmungen über die Vermögenssteuer vom 10. 6. 1926 — Reichsgesetzblatt Seite 259 ff. — macht sich eine Änderung der für den hiesigen Bezirksverband bestehenden Vermögenssteuerordnung notwendig. Der Bezirksausschuß erklärte sich auf Vortrag des Herrn Reg.-Rats Dr. von Carlowitz-Hartisch mit den vorzunehmenden Abänderungen sowie mit der Vorlage einer neuen Steuerordnung an den Bezirksrat einverstanden. — Der Bezirksverband hatte dem Bezirksausschuß, wie es bereits auch bei anderen Bezirksverbänden geschehen ist, einen Nachtrag zur Jagdsteuerordnung zur Beschlussfassung vorgelegt, der für jeden in einem Bereiche von 200 Meter von der Nachbargrenze errichteten Hochsitz und



Tiefst, für jede Jagdhütte in diesem Bereiche sowie für jeden transportablen Hochstuhl eine besondere Steuer von 30 RM vorsteht. Der Bezirksausschuß erachtete es für zweckmäßig, vor endgültiger Beschlußfassung den Nachtrag, der den Zweck verfolgt, das übermäßige Abschleichen von Wild, insbesondere Rehe und Rotwild an den Grenzen der Jagdbestirke zu verhindern, zunächst nochmals mit einigen weiteren Sachverständigen zu besprechen. Vom Stadtrat zu Jittau war angeregt worden, ein an der Nordsee gelegenes Hausgrundstück durch den Verband der Kaufmännischen Bezirksvereine zu erwerben und als Kindererholungsheim einzurichten. Der Bezirksausschuß vermochte jedoch keine Notwendigkeit hierfür anzuerkennen, einmal, weil zur Zeit genügend Kindererholungsheime zur Verfügung stehen, andererseits, weil sich für einen Aufenthalt an der Nordsee nur verhältnismäßig wenige Kinder eignen und überdies der Preis zu hoch erscheint. Der Arbeiterwohlfahrtsausschuß Kamenz hat um Gewährung einer weiteren Beihilfe zum Besuch der Geleise in Düsseldorf gebeten, weil ihm nur ein Beitrag von 100 RM bewilligt worden war, er aber 2 Personen dahin entsandt hatte. Da der vom Bezirksausschuß seinerzeit bewilligte Betrag nicht aufgebraucht worden ist, wird dem Antragsteller eine weitere Beihilfe von 100 RM gewährt. In der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg finden nach einem Schreiben des deutschen Landkreistages am 21., 22. und 23. Oktober 1926 Vorträge für Straßenwesen statt. Der Bezirksausschuß trat dem Vorschlag des Amtshauptmannes bei, einem der Amtsstraßenmeister des Bezirkes Gelegenheit zu geben, an diesem wichtigen Kursus teilzunehmen, und bewilligte hierfür einen Betrag bis zu 100 RM. Nachdem der Bezirksausschuß noch seinen Beitritt zum Verein zur Förderung der deutschen Zentralbibliothek für Blinde in Leipzig mit einem Jahresbeitrag von 50 RM erklärt und den 1. Nachtrag zu den Vorschriften über das Schornsteinjegerwesen in dem aus den Gemeinden Großhirsdorf, Bretinig und Hauswalde sowie für das Forsthaus Kuchenburg bestehenden Kreisbezirke genehmigt und endlich noch 6 Gegenstände in nichtöffentlicher Sitzung erledigt hatte, fand die Sitzung gegen 2 Uhr nachmittags ihr Ende.

Sport

Verlosung von 5 Diamant-Rädern. Zufolge vieler an uns gerichteter Anfragen wegen der bei dem Straßenrennen „Deutsche Meisterschaft Dresden“ stattgefundenen kostenfreien Verlosung von 5 Diamant-Fahrrädern, teilen wir unseren Lesern hierdurch das Ergebnis mit. Die glücklichen Gewinner der Rennmaschinen sind: Herr Bruno Mettin, Großenhain; Herr Franz Winter, Rabenstein; Herr Arno Gieseler, Wilsdruff; Herr G. Schärer, Wiesa b. Kamenz; Herr Rich. Heidel, Dresden Maternistraße 20.

Krauffahrtssport. Eine große Zuverlässigkeit für Motorräder mit und ohne Beiwagen „Rund um die Sächsische Oberlausitz“ veranstaltet am Sonntag, den 3. Oktober der Motorradklub Bautzen 1924 auf der Strecke: Bautzen — Weitzenberg — Ebbau — Herrnhut — Pirischke — Reichenau — Jittau — Großschönau — Seiffenersdorf — Neugersdorf — Ebersbach — Oppach — Reinsdorf i. Sa. — Bilschowsbera — Bretinig — Pulsnitz — Kamenz — Bautzen. Die Fahrt führt durch die schönsten Gegenden der Oberlausitz und ist 205 Km. lang. Gefahren wird in 7 Klassen mit 1/2 Minute Abstand. Mit den Eintreffen der schweren Maschinen in Pulsnitz ist ab 1/2 Uhr nachmittags zu rechnen. Die Streckenbesetzung ab Pulsnitz hat der Motorradklub Kamenz übernommen. Ausschreibungen werden an Interessenten auf Anfrage gern versendet durch den Motorradklub 1924 Bautzen. Geschäftsstelle: Fleischmarkt 8, Ruf: 3676.

Tunney gewinnt die Schwergewichtsweltmeisterschaft. Der Weltmeisterschaftskampf um die Schwergewichtsweltmeisterschaft, der gestern in Philadelphia in der Meisenarena auf dem Gelände der Weltausstellung zwischen Jack Dempsey, dem Titelhalter, und Gene Tunney zum Austrag kam, wurde von dem drei Jahre jüngeren Tunney über zehn Runden nach Punkten gewonnen. Tunney hatte die ersten fünf und die letzten beiden Runden klar für sich. Dempsey ergibt in der neunten Runde einen schweren Gesichtstreffer, der ihm das linke Auge schloß. 135 000 Zuschauer wohnten dem Kampfe bei und feierten den neuen Weltmeister mit einem ganz unbeschreiblichen Jubel. 32 Rundfunksender wurden vom Ring aus besprochen und gaben den Millionen Rundfunkhören laufend den genauen Bericht über den Kampfverlauf.

Der Titelfkampf um die Deutsche Schwergewichtsweltmeisterschaft im Boxen wird auf jeden Fall am 15. Oktober im Berliner Sportpalast vor sich gehen; falls einer der beiden Kämpfer zu dem festgesetzten Termin aus irgendeinem Grunde nicht antritt, geht er seines Anspruchs auf den Meisterschaftskampf, eventuell des Meistertitels selbst, verlustig. Sollte also Diener oder Breitensträter nicht antreten, so würde ein Ersatzmann —

an Stelle des ursprünglich vorgesehenen Samson-Körner wahrscheinlich Hanmann — einspringen.

Die Endauscheidung zur deutschen Bogmeisterschaft im Fliegengewicht zwischen Illmeroth-Kassel und Fr. Schmidt-Hannover muß nach den Bestimmungen der Bogbehörde bis zum 29. Oktober d. J. erledigt sein.

Als Schlußtermin für die Austragung der deutschen Bogmeisterschaft im Federgewicht zwischen Paul Rood-Berlin und Hans Stamms-Mühlhausen i. Th. wurde seitens der Bogbehörde der 15. Oktober festgesetzt.

Zur Olympiavorbereitung der deutschen Schwimmer erläßt der D. S. V. eine Bekanntmachung, wonach vom 15. Oktober 1926 bis 15. März 1927 die Olympiatandidaten nur alle vier Wochen auswärts starten dürfen. Anträgen auf Ausnahmen wird nicht stattgegeben.

Ein Keglerstädtekampf Berlin-Dresden-Magdeburg-Braunschweig kommt am Sonntag in Berlin-Hohenschönhausen zur Durchführung. Jede Verbandsmannschaft besteht aus 10 Keglern und muß je 1000 Kugeln auf Asphalt und Bohle werfen.

Handel

Berliner Börse vom Donnerstag.

In Geschäft und Tendenz hat sich an der Börse kaum etwas verändert. Neue Kaufaufträge sind nur in allergeringstem Umfang eingelaufen, auf der anderen Seite machten sich verschiedentlich Positionsauswärts nicht allein der Spekulation, sondern auch des Publikums bemerkbar, wodurch das Preisniveau für einzelne Werte bis zu 2 Prozent herabgezogen wurde.

Ämtliche Devisen-Kotierung.

Table with columns: Devisen (in Reichsmark), 23. September Geld, 23. September Brief, 22. September Geld, 22. September Brief. Rows include New York, London, Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, Oslo, Italien, Schweiz, Paris, Brüssel, Prag, Wien, etc.

1 franz. Franc 0,12 RM., 1 belg. Franc 0,11 RM., 1 ital. Lira 0,15 RM., 1 Poltz 0,47 RM.

Bankdiskont: Berlin 6 (Combard 7), Amsterdam 3 1/2, Brüssel 7, Italien 7, Kopenhagen 5, London 5, Madrid 5, Oslo 5, Paris 7 1/2, Prag 6, Schweiz 3 1/2, Stockholm 4 1/2, Wien 7.

Leibzinsen: Bularek 2,26 G, 2,28 B, Warschau 46,58 G, 46,82 B, Romno 41,445 G, 41,655 B, Katowisz 46,38 G, 46,62 B, Posen 46,48 G, 46,72 B. — Noten: Gr. Polen 46,31 G, 46,79 B, H. Polen 46,06 G, 46,54 B, Letten 80,10 G, 80,80 B, Esten 1,10 G, 1,11 B, Lit. 40,99 G, 41,41 B.

Effektenmarkt.

Die Schuggebietsanleihe hatte mit 7,65 und die 5 Proz. Reichsanleihe mit 0,525 eingekauft, um späterhin auf 0,530 anzuziehen. Bankaktien konnten sich aber wieder kräftiger aufbessern. Eisenbahnaktien verloren. Schiffahrtaktien waren durchweg abgeschwächt. Montanaktien verloren. Kaltwerte waren durchweg gedrückt. Elektrizitätswerte schwächten sich überwiegend weiter ab. Am Markt der Maschinen- und Motorenfabriken war die Tendenz geteilt.

Ämtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin. (Getreide und Velsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm, alles in Reichsmark.) Weizen, märkischer 260—264, September 290,50—289,50, Oktober 284—288, Dezember 281,50—280,50, März 286—285,50, Mai 291—289,50, schwächer. Roggen, märkischer 210—215, September 228,50—227,50, Oktober 229,50—228,50, Dezember 229,50—229, März 234,50—234, Mai 238,50—238, schwach. Gerste, Sommergerste 205—248 (feinste Qualitäten über Notiz), Wintergerste 170—175, ruhig. Hafer, märkischer 170—183, Dezember 188,50 Brief, schwächer. Mais

lofo Berlin 184—186, ruhig. Weizenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken über Notiz) 36 bis 38,50, etwas matter, Roggenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad 30,25—32,25, etwas matter. Weizenkleie frei Berlin 10, matt, Roggenkleie frei Berlin 10,80, matt. Raps 310, ruhig. Viktoria-Erbsen 43—50, feinste Sorten über Notiz, kleine Speiserbsen 32—36, Futtererbsen 23—29, Rapstücheln 14,40—14,60, Leintücheln 19—19,20, Trockenschmelz 9,40—9,70, Sojabohnen 19,30—19,80, Kartoffelflocken 18,20—18,80.

Frühmarkt. (Ämtlich.) Hafer gut 205—214, mittel 194 bis 204, Wintergerste gut 198—204, Gerste gut 232—242, Futterweizen 275—284, gelber Plata-Mais 190—196, kleiner Mais 204 bis 210, Weizenkleie 108—114, Roggenkleie 114—120. Alles für 1000 Kilogramm ex Waagon oder frei Waagen hier.

Der Erzeugerpreis für Vollmilch beträgt für die Woche vom 23. bis 30. September 19 1/2 Pf. pro Liter frei Berlin.

Berliner Butterpreise. Ämtliche Notierung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: 1. Qualität 175, 2. Qualität 145, abfallende Sorten 125 M. Tendenz: Fest.

Berliner Eierpreise. (Bericht der ämtlichen Notierungskommission für den Eiergroßhandel.) Preise in Pf. und pro Stück: a) Inländische Eier: Große, vollfrische, gestempelte Inlandseier 15, frische Inlandseier über 55 Gramm 14, frische Inlandseier unter 55 Gramm 12, ausortierte Schmutz- und kleine Eier 9,50. b) Auslandseier: Extra große Eier 14,75—15,50, große Eier 13,50—14, normale Eier 9,25—11, abweichende Eier 8,50—9,50, kleine und Schmutzeier 8—9. Tendenz: Ruhig.

Kartoffelpreise je Zentner, waagontfrei märkische Station. Ämtlich ermittelt durch die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin. Weiße Kartoffeln 2,20—2,50, gelblich Kartoffeln 2,40—2,80, Odenwälder blaue 2,35—2,60 M. Fabrikkartoffeln 9 Pf. pro Stärteprozent.

Magdeburger Zuckerterminpreise. September 15,50 B, 15,30 G, Oktober 15,30 B, 15,20 G, November 15,15 B, 15,10 G, Dezember 15,25 B, 15,15 G, Oktober-Dezember 15,25 B, 15,15 G, Januar-März 1927 15,50 B, 15,40 G, März 15,60 B, 15,50 G, Mai 15,85 B, 15,80 G, 15,85 bz., August 16,15 B, 16,05 G. Tendenz: Fest. — Nachbörslich wurde heute notiert: August 16,10 bz.

Metallpreise in Berlin (für 100 Kilogramm in M.): Elektrolytkupfer wire bars 135, Hiltentanzink im freien Verkehr 68,75—69,25, Rematted Plattenzink 60—61, Drog.-Hiltentaluminium 98—99 Proz. 210, 0 in Walzen oder Drahtbaren 214, Reinnickel 340—350, Antimon-Regulus 120—125, Silber in Barren, ca. 900 fein, für 1 Kilogramm 82,50—83,50.

Erste Hilfe bei Unfällen. Ein gutes antiseptisches Mittel, dessen bakterienhemmende Wirkung der des Sublimats gleich ist, daß aber wegen seiner Ungiftigkeit nicht nur unbedenklich jedem Laien in die Hand gegeben, sondern auch zum Gurgeln, zu Spülungen und innerlich benützt werden kann, ist das Chinosol. Jede Apotheke und Drogerie führt es, und es wird von den Ärzten viel angewandt. In einigen überseeischen Ländern ist es dem Publikum viel bekannter als in Deutschland, wo es fabriziert wird. In südamerikanischen Ländern hat man es in jedem Haushalte mit derselben Selbstverständlichkeit vorrätig, wie Pfeffer und Salz, Wunden aller Art, auch Brandwunden heilt es überraschend schnell. Es wirkt blutstillend, entzündungshemmend und eiterungswidrig, es ist sehr ausgiebig und billig im Gebrauche und wird auch mit auffällig gutem Erfolge gegen Gefäßkrankheiten, vor allem gegen Diphtherie, angewandt.

Kirchen-Nachrichten.

Horn

Freitag, den 1. Oktober 1926, abends 8 Uhr Jungfrauenverein.

Lichtenberg

Sonntag, den 26. September 1926: 8 Uhr Predigtgottesdienst. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Getraut: Max Erwin Großmann, Zimmermann in Großhandorf, und Helene Agnes Kretschel, Wirtschaftsgehilfin in Kleinbittmannsdorf am 17. 9.

Großhandorf

Sonntag, den 26. September 1926: 10 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Budra-Lichtenberg.

Reichenbach

Sonntag, den 26. September 1926: 1/9 Uhr Predigt. Kollekte für die bei der Unwetter- und Hochwasserkatastrophe Geschädigten. 2 Uhr Taufen. 1/3 Uhr Jugendgottesdienst in der Pfarre.

Arme kleine Ditta!

Roman von Erich Eckenstein. Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30. (Nachdruck verboten.)

36. Fortsetzung.

Fräulein Wendler hatte nie an das Polizeikommissariat telephoniert. Ich habe selbst mit Kommissar Pfeil, der damals Dienst hatte, gesprochen. Er erinnerte sich noch ganz genau an alle Einzelheiten jenes Abends, der seiner Erkrankung vorausging, wußte mir sogar jede Kleinigkeit seiner letzten Dienststunden anzugeben, es ist also ausgeschlossen, daß er es vergessen haben oder sich irren könnte. Ihm ging weder eine Meldung über Herrn Gerstendörfers Verschwinden zu, noch hat er sein Dienstbüro am Abend des 4. Mai auch nur für eine Minute verlassen.

Demnach ist der Mann, der sich in Ihrem Hause als „Kommissar Adam“ einwand, eine dreifache Mystifikation gewesen, darauf berechnet, Zeit zu gewinnen, indem man glauben machte, die Behörde sei bereits damit betraut, Licht in die Sache zu bringen. Kostbare Tage für die Nachforschung gingen dadurch verloren.

Auf Grund meiner Ermittlungen nehme ich übrigens an, daß jener falsche Polizeikommissar identisch ist mit dem lange Zeit verschollenen Bruder Fräulein Wendlers. Denn am 15. April wurde durch eine Zimmervermieterin aus der Schlossergasse ein Gustav Wendler polizeilich angemeldet. Er kam laut Paß aus Fez in Marokko, gab sich für einen Minenbesitzer aus und verschwand acht Tage später spurlos aus der Schlossergasse. Seine Personalbeschreibung stimmt auf ein Haar mit jener des „Kommissars Adam“ überein. Ob, wann und wohin er wieder abreiste, konnte ich bis jetzt nicht ermitteln, hoffe es aber noch tun zu können.

Dagegen habe ich in Kopenhagen Nachforschungen anstellen lassen. Man konnte dort einwandfrei feststellen, daß sich dort nie ein Arzt namens Storchbeban, noch eine Familie gleichen oder auch nur ähnlichen Namens befand. Auch die „dänischen Freunde“ Fräulein Wendlers sind somit glattweg erfunden.

„All diese, durch Belege und Zeugen festgestellten, also unbegreifbaren Tatsachen, lassen keinen Zweifel mehr an Fräulein Wendlers Schuld zu. Ich hoffe, das ist auch Ihnen nun klar, gnädige Frau?“

Ditta ... keine Antwort.

Sie sah da wie zu Stein erstarrt.

Dann aber fuhr sie sich verzweifelt an die Schläfen.

„Ich kann es nicht fassen ... Warum? O Gott, warum nur? Und wie? Ich bejand mich doch nur durch ein paar Wände entfernt ...!“

„Warum?“ antwortete Silas Hempel trocken. „Nun — die dreißigtausend Mark! Ein Vermögen in der Hand einer Frau, die vordem gar nichts besaß, als die paar Mark, die man ihr beim Austritt aus der Bank als Abfindung gab, denn pensionsberechtigt war sie ja noch nicht. Und wie es geschah, ohne daß Sie etwas merkten? Nun vermutlich sehr einfach, lautlos und gewiß ganz unblutig. Man hat das Opfer vergiftet und dann gleich in den Koffer verpackt.“

„Vergiftet? Woher sollte Alexandra Gift bekommen haben?“

„Sie hatte es bereits griffbereit am Nachttisch ihres Opfers. Ich habe mit dem Arzt gesprochen, der Ihren Gemahl zuletzt behandelt hat. Er hielt dessen Zustand — obwohl seine Diagnose durchaus noch nicht abgeschlossen war — für ein schweres Nervenleiden mit Lähmungserscheinungen und wandte dagegen Hypochamum, ein sehr schweres Gift — zu dem: Bismut — an. In geringen Dosen wirkt es anregend, in stärkeren narotisch und tödlich. Man braucht sich also gar nicht weiter den Kopf darüber zu zerbrechen, woher Fräulein Wendler sich das Gift beschaffte.“

Ditta hob unruhig den Kopf.

„Doch — man muß es. Denn so, wie Sie annehmen, kann es sich nie verhalten damit. Ich erinnere mich ganz genau, daß Alexandra am Morgen des 4. Mai dem Mädchen Rezept und Medizinfläschchen mit dem Auftrag übergab, die Medizin sofort erneuern zu lassen, da der Kranke mittags seine Tropfen bekommen müsse. Später aber, als ich nach ihrer Abreise das Zimmer meines Mannes ordnete, fand ich das Fläschchen noch genau in demselben Zustand, wie Berta es gebracht, auf dem Nachttischen. Ueberzeugen

Sie sich selbst — ich steckte es damals gleich in die Hausapotheke, da das Giftzeichen darauf war und ich fürchtete, es könnte sonst unachtfam damit umgegangen werden.“

Ditta trat an ein Wandtäfelchen, das als Hausapotheke diente, schloß es auf und entnahm ihm ein Tropffläschchen, das mit einer dunklen Flüssigkeit bis an den Rand gefüllt und dessen Hals mit einer Papierhülle apothekermäßig verbunden war.

„Sie sehen, es wurde noch gar nicht geöffnet. Alexandra muß damals vergessen haben, dem Kranken mittags seine Arznei zu geben.“

Hempel betrachtete es längere Zeit sehr genau mit kritischem Blick.

„Im — das sieht allerdings so aus, als läme es direkt aus der Hand eines Apothekers. Tropfen kann es geöffnet, geleert und mit einer anderen Flüssigkeit wieder angefüllt worden sein. Ebenso möglich ist es, daß man schon vorher das Rezept heimlich in einer andern Apotheke machen ließ und dieses absichtlich uneröffnet zurückließ ...“

„Auch das ist nicht gut möglich, denn der Kranke bekam diese Arznei erst in der letzten Zeit und sie wurde nur einmal — eben am 4. Mai — wiederholt. Hier ist das Rezept, auf dem es doch vermerkt stehen müßte, wenn das Meditament inzwischen noch anderswo gemacht worden wäre.“

„Das ist wahr ...“

Wieder betrachtete der Detektiv das Fläschchen nachdenklich und schob es dann in seine Tasche. Er schien doch etwas betroffen.

„Es wurde in der Engelapotheke bereitet. Ich werde dort mal nachfragen und den Zufall jedenfalls untersuchen lassen. Nur noch eine Frage, gnädige Frau — und sie ist eigentlich die Ursache, weshalb ich Sie so spät abends noch belästige, denn ich muß darüber noch heute Bescheid wissen: Können Sie mir den Reisetascher Fräulein Wendlers, der so ungewöhnlich groß gewesen sein soll, genauer beschreiben?“

„Gewiß, ich habe ihn ja lange und deutlich genug vor Augen gehabt, zuletzt noch in jener Nacht vor Alexandras Abreise, als sie ihn packte.“

Und Ditta beschrieb den Koffer so anschaulich und eingehend als möglich.

(Fortsetzung folgt.)